

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

38. Jahrgang.

№ 237.

Erscheint jeden Wochentag Abends 7/8 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 Mark 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

Sonntag, den 11. Oktober.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf.

1885.

Die Woche.

Dem deutschen Bundesrathe liegen zur Zeit mehrere Anträge auf Abänderung unseres Gerichtsverfahrens vor, gegen welches gerade in den letzten Tagen wieder recht viele Bedenken laut geworden sind. Die in Berlin, Dresden und Chemnitz mit der Freisprechung sämtlicher Angeklagten zum Abschluß gelangten drei sensationellen Prozesse dürften der Reichsregierung hinreichendes Material für jene Gesetzes-Abänderungen liefern, die jetzt in immer weiteren Kreisen gewünscht werden. Bei dem in Berlin eine ganze Woche hindurch verhandelten Prozeß Graef ist kein anderes Resultat erzielt worden, als daß ein berühmter Künstler in allen seinen menschlichen Fehlern und Schwächen aller Welt gezeigt, dessen geachtete Familie schonungslos bloßgestellt wurde, ohne daß die schließlich erfolgte Freisprechung dem moralischen Gefühle volle Befriedigung gewährt hätte. Daß das Urtheil der Geschworenen ein völlig gerechtes war und von der öffentlichen Meinung durchaus gebilligt wurde, stellt dem bedauernswerthen alten Künstler, der für die Idealgestalt seines „Märchens“ ein sittlich so tiefstehendes Weib wählte, dasselbe nicht nur mit Gold überhäufte, sondern auch in überschwänglichen Verben besang, kein Moralitätszeugniß aus. Ob aber der öffentlichen Moralität damit gedient worden ist, daß eine sensationellste Menge von einem Theil der Presse wochenlang mit den Einzelheiten der Malerateliers, gewisser Boudoirs, mit der Verschmittheit nichtsnutziger und gewissenloser Väter und Mütter und mit der sinnlich-eiteln Ueberschwänglichkeit alternder Künstler auf das Pikanteste unterhalten worden ist, erscheint noch viel zweifelhafter. Die Gegner der Geschworenen-Gerichte könnten aus dem Ausgang dieses Reineidsprozesses Kapital schlagen, wenn nicht das negative Resultat des Chemnitzer Sozialistenprozesses bewiese, daß auch die berufsmäßigen Richter, vor denen dort die anklagende Behörde beweisfällig wurde, zu einem freisprechenden Urtheil gelangen mußten. Da schon die Beweisaufnahme in diesem Prozesse nichts ergab, was zur Unterbindung der Anklage geeignet war, ist es unverständlich, warum die Anklage nicht fallen gelassen wurde. So wenig es das Vertrauen auf die Rechtspflege stärken kann, wenn sich nachträglich die Verurtheilung Unschuldiger herausstellt, so wenig können dazu sensationelle Prozesse beitragen, die einen gewaltigen Aufwand an Arbeit, Zeit und Kosten erfordern, mit vollständiger Freisprechung, also mit dem Gegentheil enden, daß kein Grund zur Anklage vorlag. Der Zweck des Chemnitzer Prozesses, die trotz des Sozialistengesetzes fortbestehende sozialdemokratische Organisation zu brechen, ist nicht erreicht, und damit nur in bedauerlicher Weise der Beweis geführt worden, daß derselben ebensoviele durch den Strafrichter bezukommen ist, wie ihrer im Geheimen fortwirkenden Agitation. Das freisprechende Erkenntniß in dem zu Dresden verhandelten Prozeß Schanz ist ebenfalls durch die einschlagenden Verhältnisse zur Nothwendigkeit geworden, aber auch hier dürften die an die Öffentlichkeit gelangten verwickelten finanziellen Transaktionen auf das große Publikum kaum einen vortheilhaften Eindruck erzielt haben und der ganze Gang der Verhandlungen in den maßgebenden Kreisen nur die Ueberzeugung kräftigen, daß eine Reform des Gerichtsverfahrens eine zeitgemäße Forderung ist.

Dem deutschen Reichskanzler hat der leitende russische Staatsmann, von Giers, in Friedrichsruhe einen zweiten Besuch abgestattet, woraus sich schließen läßt, daß in der jetzt weltbewegenden Orientfrage neue Momente hervorgetreten sind. Angeblich sollen die Kaiserämte der Pforte den Rath erteilt haben, die Vereinigung von Nord- und Süd-Russland anzuerkennen und ihre ganze Aufmerksamkeit auf Serbien und Griechenland zu richten. Demgemäß soll jetzt ein türkisches Armeekorps an der griechischen, serbischen und bulgarischen Grenze aufgestellt, auch in Mazedonien die Einführung der Reformen, welche im Berliner Vertrage vereinbart worden, angekündigt werden. Wenn die „Nordd. Allg. Ztg.“ wirklich die Ansichten des Reichskanzlers treu wiedergibt, sieht derselbe in dem für die Monarchisten so keine Gefahr für die dortige republikanische Regierungsform, sondern eher den Anstoß zu einem Ausgleich zwischen den Opportunisten und Radikalen. Nicht minder beschäftigt man sich in Friedrichsruhe mit der bevorstehenden Ernennung eines Regenten für das verwaiste Herzogthum Braunschweig und mit den Vorbereitungen zu den preussischen Landtagswahlen. In Bezug auf die Erstere, welche am 19. d. M. erfolgen soll, ist zu bemerken, daß die Kandidatur des

Prinzen Reuß nicht mehr in Frage steht und Prinz Albrecht von Preußen die meiste Aussicht haben dürfte, an Stelle des Herzogs von Cumberland in Braunschweig zu herrschen. Die schroffe Haltung, welche die Konservativen in Hannover bei der Agitation für die preussischen Landtagswahlen den Nationalliberalen gegenüber einnehmen, wird vielfach nur als die letzte verzweifelte Anstrengung angesehen, den voraussichtlichen und unvermeidlichen Bruch der „Kreuzzeitungsleute“ mit der preussischen Regierung aufzuhalten oder aber sich für den Fall desselben als Macht zu zeigen.

Auch in Oesterreich fühlt das Ministerium das Bedürfnis einer regierungsfreundlichen Mittelpartei und begrüßt deshalb den neuen deutsch-österreichischen Klub und dessen gemäßigt-liberales Programm auffallend freundlich. Die offiziellen Kommentare, mit welchen die Thronrede begleitet worden, lassen keinen Zweifel darüber zu, daß die österreichische Regierung kein Ministerium der Rechten sein will und mehr und mehr der tschechischen Ansprüche überdrüssig wird. Eine Klärung dieser Verhältnisse steht jetzt um so mehr zu erwarten, als sowohl von der Linken wie von dem tschechischen Führer Dr. Kieger im österreichischen Abgeordnetenhaus Interpellationen über die künftige Haltung der Regierung gegenüber den nationalen Kämpfen in Böhmen eingebracht worden sind. Eine ebenso schwierige Stellung nimmt die ungarische Regierung den Kroaten gegenüber ein, die ebensoviel wie die Tschechen Rechte beanspruchen, welche mit der Staatsraison in Widerspruch stehen. Daß dieselben gerade jetzt durch die Wegführung der kroatischen Kameralakten nach Pest und durch eine im Landtag zu Agrar von dem Banus Grafen Khuen verübte unglückselige Rechtfertigung dieser Maßregel auf's Aeußerste gereizt wurden, dürfte nachträglich bebauert werden. Die Opposition des kroatischen Landtags beantragt nun, in einer Adresse an die Krone die Enthebung des Banus zu verlangen, da durch die freilich von ihr selbst provozirten skandalösen Vorgänge im Landtage dessen und des Hauses Würde so tief verletzt worden sei, daß derselbe nicht mehr an der Spitze der Regierung bleiben könne. Gerade jetzt muß die ungarische Regierung Unruhen in Kroatien möglichst vermeiden, weil dadurch die bereits in Waffen stehenden Serben in gefährlicher Weise ermutigt werden könnten. Angeblich soll neuesdings die österreichisch-ungarische Regierung sich geneigt gezeigt haben, einer Vereinigung mit Serbiens und Mazedoniens mit Serbien unter der Bedingung zuzustimmen, daß Serbien mit Oesterreich-Ungarn eine Handels- und Militärkonvention abschließt.

Das italienische Portefeuille des Auswärtigen ist an den Grafen Robilant, den bisherigen Vertreter am österreichischen Hofe und Gemahl der österreichischen Prinzessin Clary übergegangen, was in Wien sehr angenehm berührt. Trotzdem Graf Robilant in der Schlacht bei Novara am 23. März 1849 die linke Hand verlor und sich in verschiedenen Feldzügen auszeichnete, hat sich derselbe seit dem Jahre 1870 auf seinem Vörschafteposten in Wien als ein nützlicher Beförderer der guten Beziehungen Italiens zu Oesterreich und Deutschland erwiesen.

Obgleich das genaue Ergebnis der Wahlen in Frankreich noch nicht ziffermäßig feststeht, ist an der Niederlage der Republikaner nicht zu zweifeln. Das Ministerium muß mit der Möglichkeit rechnen, nach Beendigung der Stichwahlen 230–240 Monarchisten (Royalisten und Bonapartisten) in der Kammer zu sehen. Selbst dieser verblüffende Misserfolg vermochte bis jetzt die Republikaner nicht zu einigen. Die Gemäßigten unter denselben sehen in der Annäherung des Ministeriums Briffon und der Opportunisten an die Radikalen den Hauptgrund der Niederlage. Bis auf verschiedene Straßenkrawalle vor der allzu siegesreichen Redaktion des Pariser „Gaulois“ sind die französischen Wahlen in großer Ordnung vor sich gegangen. Es scheint, daß nur vier Minister Mandate erlangten und die übrigen durchgefallen sind, doch hat deshalb noch kein Mitglied des Kabinetts seine Entlassung eingereicht. Es verlautet, daß die Regierung die Kammer früher einberufen werde, als ursprünglich beabsichtigt war, um dann erst weitere Entscheidungen zu treffen.

Die Auflösung des englischen Parlaments soll für den ersten November in Aussicht genommen sein. Inzwischen reifen die Parteiführer im Lande umher und geben in öffentlichen Versammlungen ihr Programm kund. In

der am vorigen Sonntag in Wicklow stattgefundenen irischen Versammlung, in welcher Parnell präsidirte, zeigte sich, wie fest organisiert die national-irische Partei ist und wie schwer es sein wird, derselben beizukommen. Der englische Premierminister Salisbury bezeichnete deshalb in der von den Konservativen in Newport berufenen Versammlung die Grenzen der Irland zu gewährenden Konzessionen schärfer als bisher, äußerte sich aber weit eingehender über die Vorgänge in Bulgarien. Die „Times“ meint, daß die bezüglichen Erklärungen Salisbury's zwar nicht mit seinen früheren Anschauungen bezüglich des Berliner Vertrages übereinstimmen, heißt dieselben aber freudig willkommen als einen Beweis, daß das englische Kabinet vollbrachte Thatfachen vernünftig ansieht. Es sei befriedigend, zu sehen, daß Lord Salisbury dies anerkenne und nicht mit Senen gehe, welche dort wieder Schranken aufrichten wollen, wo sie sich als unmöglich und erkünstelt erwiesen haben. Der „Standard“ beschränkt sich fast ausschließlich auf ein Referat ohne Kommentar. Die „Daily News“ finden Salisbury's Bemerkungen bezüglich Rumeliens und des türkischen Reiches beruhigend. Gladstone könnte fast ebenso gesprochen haben.

Der russische Reichsrath will noch im Laufe dieses Monats an die Prüfung eines Gesetzentwurfes schreiten, welcher den Behörden der Ostseeprovinzen die Anwendung der russischen Sprache bei allen Amtshandlungen und im Verkehr mit den russischen Behörden als obligatorisch vorschreibt. Ebenso wie die deutsche Sprache und die Einrichtungen der Ostseeprovinzen ist aber dort auch die lutherische Religion der Gegenstand heftiger Anfeindungen geworden. — Daß der Jar die ostrumelische Deputation in Kopenhagen besonders huldvoll empfangen habe, wird von den russischen Regierungsbürokraten entschieden in Abrede gestellt.

Trotz der angeblichen Verständigung mit Bulgarien konzentriert die Türkei eine starke Truppenmacht an der rumelischen Grenze und ist die Mobilisirung von 80 Bataillonen von Rebis (Reserve erster Klasse) im Zuge. Man scheint sich auf der Pforte noch nicht klar, ob eine militärische Aktion nothwendig werden wird, oder nicht, glaubt aber Maßregeln für alle Fälle treffen zu müssen.

Tageschau.

Freiberg, den 10. Oktober.

Die deutsche Reichsregierung scheint ihr Hauptbestreben dahin zu richten, Serbien ernstlich vor einem unglüklichen Schritt zu warnen, der die bulgarisch-ostromelische Angelegenheit außerordentlich verschlimmern würde. Ueber die jetzige Lage der Dinge auf der Balkanhalbinsel wird der Berliner Nationalzeitung von wohlunterrichteter Seite Folgendes geschrieben: „In diplomatischen Kreisen bezeichnet man die Situation der letzten Tage mit dem Schlagworte „Rückzug“. Dies gilt insbesondere von der durch die kleineren Balkanstaaten angelegten Kompensationsfrage. Der kalte Wasserstrahl ist von Berlin abgefaßt worden. Begreiflicherweise ist man hiervon in Belgrad wenig erbaut. Serbien ist darauf hingewiesen worden, daß es den Kleinen nicht ziemt, sich auf eine Großmacht hinauszuspielen. Der Grund dieses Rückzuges liegt wahrscheinlich darin, daß der Versuchsbalkon, betreffend eine Vergrößerung Serbiens durch bulgarisches Grenzgebiet, auf den allerentschiedensten Widerstand von russischer Seite gestoßen ist, was Herr v. Giers in Berlin und Friedrichsruhe nachdrücklich betont haben soll. Von diesem Augenblicke schreibt sich auch die immer deutlicher zu Tage tretende Tendenz der Mächte her, die Dinge so viel als möglich in dem von dem Berliner Vertrage abgegrenzten Rahmen zu belassen. Wenn sich daher der Sultan heute geneigt zeigt, den Fürsten von Bulgarien als Generalgouverneur in Ostromelien anzuerkennen, so mag einer solchen Entschliebung der Einfluß der Mächte und des kürzlich im Palais von Sildz-Riosk zu Rathe gezogenen deutschen Botschafters Frn. v. Radowicz nicht fremd sein.“

Die deutsche Kaiserin überwieß durch die Admiralität dem Komitee für die Hinterbliebenen der Besatzung der Korvette „Augusta“ 1000 Mk. mit der Bestimmung „für besonders hilfsbedürftige Hinterbliebene“. — Der Herzog von Coburg begiebt sich nach Koburg zu dem Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha, so daß das Gerwürfnis zwischen Onkel und Nefte ausgeglichen zu sein scheint. Von der in Aussicht gestellten reichsgesellschaftlichen Regelung der Frage, ob der Angehörige eines nichtdeutschen Fürstenhauses einen deutschen Thron bestiegen könne, welche anlässlich der Ansprüche des Herzogs von